

GROSSER RAT

VORSTOSS

Interpellation Kathrin Fricker, Grüne, Baden und Elisabeth Burgener, SP, Gipf-Oberfrick vom 16.09.2014 betreffend Stand der alternativen schulischen Angebote für Minderjährige und Jugendlichen mit Status N (im laufenden Asylverfahren) nach Abbruch des Integrationsprogramms an der Kantonalen Schule für Berufsbildung.

Text und Begründung:

Vor über einem Jahr wurde die Zulassung von Asylsuchenden mit N-Status zum Integrationsprogramm der kantonalen Schule für Berufsbildung gestoppt. Der Grund war die fehlende rechtliche Grundlage zur Organisation der Finanzierung der Ausbildungskosten, welchen wir durchaus anerkennen, obwohl es mit Sicherheit noch andere Möglichkeiten gegeben hätte, als den Asylsuchenden diese Bildungs- und Integrationsmöglichkeit grundsätzlich zu nehmen.

Ein Argument der regierungsrätlichen Antwort war, dass das Angebot zu rege genutzt wurde und deshalb finanziell nicht mehr tragbar war. Es ist jedoch auch ein Indikator für ein den Bedürfnissen dieser jungen Menschen sehr gut angepasstes und deshalb gut funktionierendes Beschäftigungsprogramm. Asylsuchende, welche bis vor einem Jahr an der KSB zur Schule gingen, verfügen über entsprechende kognitive Fähigkeiten und können und wollen lernen.

Fakt ist, dass laufende Asylverfahren, nach wie vor einige Jahre dauern, gerade bei Asylsuchenden, die einen Aufenthaltsstatus erhalten werden. Es sind heute nach wie vor Menschen aus Eritrea, Somalia, Afghanistan und neu aus Syrien, die in die Schweiz flüchten. Sie werden mit grosser Wahrscheinlichkeit als Flüchtlinge anerkannt oder vorläufig aufgenommen werden. Sie werden also ihr Leben in der Schweiz verbringen. Umso wichtiger ist es, ihnen von Anfang an den Zugang zur Bildung zu ermöglichen. Der Ausschluss von der KSB, der im letzten Frühling vollzogen wurde, ist weder ethisch-humanistisch unbedenklich vertretbar noch eine umsichtige Strategie in Bezug auf die Staatsfinanzen und unsere Sicherheit. Anstatt dass wir das vorhandene Potenzial der jungen Menschen für unsere Gesellschaft nutzen, generieren wir Sozialfälle und Menschen ohne Perspektiven, welche nichts zu verlieren haben.

In Anbetracht dieser Fakten fragten die Fraktionen der SP, der Grünen, der GLP und der EVP in ihrer Interpellation vom 4. Juni 2013 nach möglichen Alternativen. In seiner Antwort versprach der Regierungsrat, die berechtigten Anliegen zu prüfen. Leider sind bis dato keine Resultate bekannt.

Deshalb bitten wir den Regierungsrat diesbezüglich folgende Fragen zu beantworten:

1. Was hat die Prüfung, ob mit erweiterten Leistungsverträgen mit entsprechenden Institutionen zusätzliche Kurse für Deutsch und Alphabetisierung angeboten werden können, ergeben?
2. Welche Institutionen wurden konkret angefragt?
3. Konnte die Warteliste für Personen mit Status N beim Kantonalen Sozialdienst abgebaut werden? Wenn ja, inwiefern? Wenn nein, weshalb?
4. Wie kann ein neues, zielgruppengerechtes Projekt für ein zeitlich befristetes Angebot für Jugendliche und junge Erwachsene mit Status N aussehen?
- 4.a Welche Bemühungen wurden diesbezüglich bis jetzt unternommen?